VR-07 (V-103)-162-2 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Julian Pahlke (KV Leer/Ostfriesland)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 161 bis 162 einfügen:
nicht, Menschen Schutz zu bieten, sie sollen auch Teil der Gesellschaft werden und werden können.

Die Fälle von Abschiebungen aus den Betrieben häufen sich. Dieses System untergräbt die Mühen von Geflüchteten auf dem Weg, in Deutschland ein neues sicheres Zuhause zu finden, es stößt Untenrehmer*innen vor den Kopf, die mit viel Herzblut ihren Beitrag zur Integration leisten- und es schadet der deutschen Wirtschaft. Denn wir sind alleine jedes Jahr auf 400.000 Einwander*innen angewisen, die in Deutschland einen Job beginnen.
All diese Menschen und Unternehmen verdienen Verrlässlichkeit und unsere Unterstützung. Dafür wollen wir das Aufenthaltsrecht ändern, damit bei der Diskussion um notwendige Entschiedenheit gegen islamistische Extremisten oder schwere Straftäter nicht am Ende diejenigen betroffen sind, die hier ein wichtiger Teil der Gesellschaft sind und werden. Wir stehen dafür ein, dass Geflüchtete nicht zum Sündenbock gemacht werden.

Begründung

Wir sehen geflüchtete Menschen nicht als Sündenbock, sondern als Chance für unser Land. Dafür müssen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen.

Mit einem modernen Aufenthaltsrecht können wir diejenigen schützen, die in Deutschland eine Zukunft aufbauen wollen. Die Erwerbstätigenquote unter Geflüchteten, die 2015 in Deutschland Schutz gesucht haben, lag im Jahr 2022 bei 75 %. Die Untersuchung zeigt aber auch: Je schneller das Asylverfahren abgeschlossen ist, desto höher ist die Chance der schnellen Arbeitsaufnahme. Geflüchtete Menschen wollen in Deutschland arbeiten; eine Tätigkeit ist der beste Integrationsfaktor. Gleichzeitig fallen diese Personen aus dem Leistungsbezug und werden zu Steuerzahler*innen und halten somit unser Sozial- und Rentensystem aufrecht.
Wir können uns Ausgrenzung nicht mehr leisten.

weitere Antragsteller*innen

Katrin Langensiepen (KV Hannover); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Greta Garlichs (KV Hannover); Djenabou Diallo Hartmann (KV Hannover); Viviane Triems (KV Potsdam); Robert Langer (KV Hildesheim); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Cim Kartal (KV Bielefeld); Arne Lorenz Gellrich (KV Osterholz); Hagen Langosch (KV Hameln-Pyrmont); Michael Lühmann (KV Göttingen); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Katharina Meixner (KV Frankfurt); Christina-Johanne Schröder (KV Wesermarsch); Andreas Hoffmann (KV Braunschweig); Nicole Henkel (KV Wittmund); Christine Jochem (KV Hannover); sowie 60 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.